



Forschen gegen Armut

Seit 2010 gibt es bei der Jesuitenmission eine Stelle für Forschung und Advocacy, die Pater Dr. Jörg Alt innehat. Im Interview mit Steffen Windschall erklärt er, was es damit auf sich hat.

Pater Alt, wie fügt sich Advocacy in den Kanon Dienst am Glauben, Einsatz für Gerechtigkeit, Begegnung der Kulturen und Dialog zwischen den Religionen?

Die Arbeit der Jesuitenmission verfolgt drei Ziele: Zunächst möchten wir Projektpartner mit Spenden unterstützen. Sodann wollen wir informieren: Ein wiederkehrendes Thema sind die Zusammenhänge globaler Ungerechtigkeit, etwa, dass die Armut der Armen auch mit dem Reichtum der Reichen zusammenhängt. Und schließlich möchten wir, dass sich an diesen Unrechtsstrukturen etwas verändert.

Anwaltschaft also im Sinne von Lobbyismus für die Armen?

Anwaltschaft unterscheidet sich von Lobbyismus: Letzterer versucht, eigene Interessen voranzutreiben, Anwaltschaft möchte den Anliegen all jener,

die weder eigene Stimme noch Gewicht haben, Gehör verschaffen.

Wie sieht Ihre Arbeit genau aus?

Zunächst haben wir uns auf Europa und Afrika beschränkt. Es gibt viele Probleme in der Welt, die haben viele Ursachen und viele Verantwortliche. Deshalb macht es Sinn, sein Aktionsfeld zu begrenzen. Zwischen Europa und Afrika gibt es viele Verbindungen: historisch, durch die Kolonialisierung oder die Arbeit unserer Missionare in Simbabwe, gegenwärtig durch Migration.

Welche Projekte haben Sie bislang bearbeitet?

Angefangen hat es 2010 mit der Kampagne „Steuer gegen Armut – Finanztransaktionssteuer.“ Seinerzeit wurden Banken mit viel Geld gerettet, und natürlich wurde dann andernorts Geld eingespart. Eine Finanztransak-

tionssteuer hätte auf den gefährlichen Computerhandel gezielt, der maßgeblich zur Instabilität des globalen Finanzsystems beiträgt. Die so erzielten Einnahmen hätten zur Bekämpfung nationaler und globaler Armut sowie der Folgen des Klimawandels verwendet werden können. Die nächste Kampagne war „Kony 2012“: Joseph Kony aus Uganda war der erste „Warlord“, der für seine Feldzüge gezielt Jungen als Soldaten und Mädchen als Sexsklavinnen rekrutiert hat. Im dritten Projekt ging es um Konfliktrohstoffe: Mineralien, Metalle und so genannte „seltene Erden“, die für unsere Handys und Computer geschürft werden, und die, etwa im Kongo, unter sozial ungerechten und ökologisch bedenklichen Bedingungen abgebaut werden. Die Europäische Union wollte eine Verordnung für bestimmte Standards einführen, und es sah zeitweise so aus, als ob konservative und liberale Parteien diese Standards zu Gunsten der Industrie aufweichen wollten. Das galt es zu verhindern. Seit 2012 arbeite ich mit den Kollegen vom Jesuit Centre for Theological Reflection (Lusaka/Sambia) und dem Jesuit Hakimani Centre (Nairobi/Kenia) am Projekt „Steuergerechtigkeit und Armut“.

Was unterscheidet dieses Projekt von den früheren?

Klaus Vähröder SJ, Leiter der Jesuitenmission, gab 2010 als Zielvorgabe für ein neues Projekt, dass wir mit unseren afrikanischen Partnern Themen identifizieren und bearbeiten, die von beidseitiger Bedeutung sind. Es sollten Themen sein, die für beide Seiten ein Problem sind und nur durch Aktivitäten in Afrika und Europa gemeinsam

angegangen werden können. Zunächst wäre das natürlich Migration gewesen, aber es gab 2010 keinen afrikanischen Jesuiten, der dazu hätte freigestellt werden können. Deshalb entschieden wir uns, die Zusammenhänge zwischen Steuergerechtigkeit und Armut zu untersuchen, denn wir vermuteten: Je besser die Steuereinnahmen für afrikanische Länder sind, desto weniger Entwicklungshilfe brauchen sie.

Hat sich dies bestätigt?

Es hat sich bestätigt, was auch andere Expertengremien bestätigen: Aus Afrika fließt jedes Jahr mehr Kapital ab, als durch Entwicklungshilfe und ausländische Direktinvestitionen hineinfließt. Könnte Afrika diese Abflüsse unterbinden und dort erwirtschaftete Einkünfte und Vermögen angemessen besteuern, dann bräuchte es in der Tat keine Entwicklungshilfe mehr.

Das hört sich aber kompliziert an – und da es sich auch um ausländische Direktinvestitionen handelt, ist anzunehmen, dass das Problem über Europa und Afrika hinaus geht...

Das ist richtig. Bei allem, was soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit betrifft, müssen wir heute bedenken, dass vieles von globalen Kapital- und Investitionsströmen abhängt, die teilweise anonymisiert über Steuerparadiese laufen und über die viel Geld verschoben werden kann, ohne dass Staaten dagegen eine angemessene Handlungsmöglichkeit haben. Diese Strukturen nützen natürlich vor allem den Inhabern privater, betrieblicher und krimineller Großvermögen und deren Steuerberatern. Und diese Strukturen werden weidlich

ausgenutzt. Auch deshalb können arme Länder ihren Bevölkerungen keine angemessenen Bildungs- und Gesundheitsangebote bieten, und es fehlt Geld für Infrastruktur oder die Förderung von Unternehmensgründungen. Armut und Perspektivlosigkeit sind eine wichtige Ursache hinter Migrationsbewegungen.

Und was wollen Sie dagegen tun?

Um das zu überlegen, findet im Mai ein Treffen in Nairobi statt. Aber eines steht jetzt schon fest: Es wird nicht reichen, hier und da an den Symptomen herumzudoktern. Wenn wir etwa Reichensteuern auf Vermögen fordern, wird die Schere zwischen arm und reich sich vielleicht langsamer öffnen. Sie wird aber weiter auseinandergehen, solange wir uns nicht mit den Ursachen von Ungleichheit beschäftigen. Ise Bosch, eine der Erbinnen von Robert Bosch, drückte es so aus: „Der Kapitalismus schmeißt das Geld ganz nach oben.“

Es geht also nicht nur um Mehreinnahmen von Steuergeldern?

Auch. Aber ebenso geht es um das „Steuern mit Steuern“ im Allgemeinen. Also zu prüfen, ob und wie wir die gegenwärtige neoliberal geprägte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung dahingehend verändern können, dass Geld und die Wirtschaft wieder vermehrt dem Gemeinwohl dienen. Und angesichts der grenzenlosen Verflechtungen, die in unserer Welt durch Kapitalströme, Klimawandel, Migration, Terror und transnationales Verbrechen bestehen, kann man Gemeinwohl nur global denken. Nationale Handlungs-

pläne oder Grenzen alleine können diese gewachsenen Zusammenhänge nicht mehr handhaben – egal was man ansonsten darüber in Zeitungen lesen oder in bestimmten Politikerreden zu hören bekommt. Und gerade weil die USA und China sich zunehmend als Problem erweisen, wird viel davon abhängen, ob die Staaten der Europäischen und Afrikanischen Union hier etwas bewegen können.

Immer wieder werfen Ihnen Kritiker vor, Sie würden sozialistisches Gedankengut propagieren. Welche Antwort gibt der Jesuitenpater Alt?

Nun, auch Papst Franziskus muss sich gegen diesen Vorwurf öfters wehren. Ich denke, dass uns die Botschaft Jesu Christi in Wort und Tat sowie die Werte, Prinzipien und Normen der Katholischen Soziallehre wichtiger sein müssen als barocke Zwiebeltürme und Böllerschüsse am Herz Jesu Fest. Es ist wichtig, immer wieder auf Tatsachen hinzuweisen, was im Zeitalter der „Fake News“ nicht so einfach ist. Ein bekanntes Beispiel ist Papst Franziskus' Zerpflücken der neoliberalen „Trickle Down“-Theorie, nach der zunehmender Reichtum am obersten Ende auch den Armen nützt, und es letztlich allen besser geht. Franziskus betrachtet dies als widerlegt: Jedes Mal, wenn das Glas voll ist, würde es mysteriöserweise wachsen, weshalb nichts nach unten durchsickert. Wer in dieser Sachverhaltsbeschreibung „Marxismus“ vermutet, sagt der Papst, kenne weder die Katholische Soziallehre und vermutlich auch nicht die marxistische Theorie.